

Wie groß der politische Druck auf die Universitäten sein muss, verrät eine „[Klarstellung](#)“ der Universität Witten/Herdecke. Die Universität stehe „für einen offenen, reflektierten und wissenschaftsbasierten Diskurs“, behauptet die Uni. Das ist zweifelhaft, denn die Uni verwendet in ihrer Klarstellung die unwissenschaftlichen, politischen Kampfbegriffe „Pandemieleugner“ und „rechtes politisches Spektrum“, um sich von den Positionen von Dr. Wolfgang Wodarg und der studentischen Initiative „Theatron Logou“ zu distanzieren und der geplanten Veranstaltung eine Absage zu erteilen.

[Klarstellung- _Uni-Witten_Herdecke](#)

Wolfgang Wodarg ist im Laufe seines Berufslebens nicht von seinem politischen Standpunkt abgerückt. Die Geradlinigkeit ist unverkennbar. Der Facharzt für Innere Medizin – Lungen- und Bronchialheilkunde, Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin – Umweltmedizin und Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen – Sozialmedizin ist seit langem in der Antikorruptionsarbeit tätig – mit besonderen Schwerpunkten „Korruption im Gesundheitswesen“ und „Institutionelle Korruption“. Wodarg ist Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (dort war Leiter des Gesundheitsausschusses und stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion), ehemaliger Gesundheitspolitiker (1994-2009 MdB), Initiator und Sprecher der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“, Autor und Hochschuldozent. Seine europäischen Initiativen und Berichte brachten u.a. wichtige Themen wie „Gefälschte Pandemie“ – Korruption bei der WHO, die Rolle von Medien für Demokratie (Einrichtung eines europaweiten Medien-Monitoring), Palliativmedizin, Gentests und GMOs (Entwicklung der grünen Gentechnik in den Staaten des Europarates) oder private Militärunternehmen (Gefährdung des staatl. Gewaltmonopols) auf die politische Agenda. 2009-2010 war er Initiator der Untersuchungen des Europarates zu H1N1 „Fake Pandemic“. (<https://www.wodarg.com/vorstellung/kurzvita-ausf%C3%BChrlicher-werdegang/>)

Wolfgang Wodarg ist derselbe geblieben, aber viele Universitäten haben sich zu Gunsten politischer Cliques und wegen finanzieller Vorteile vom wissenschaftlichen Diskurs verabschiedet.

Telepolis kommentiert diesen Vorfall: „Wenn nach dem Motto „Spiel nicht mit den Schmutzkindern“ von Institutionen entschieden wird, mit wem überhaupt noch diskutiert werden kann und wer außerhalb der Diskussion steht, dann ist das die beste Werbung für Bewegungen wie die Querdenker.“

<https://www.heise.de/tp/features/Mit-dem-Verfassungsschutz-gegen-Querdenker-4987673.html>

Vor fünf Jahren hielt die Universität Witten/Herdecke dem politischen Druck stand, als der Historiker Daniele Ganser am 29. Oktober 2015 an der Universität einen Vortrag zu dem Thema "Fakten, Meinungen, Propaganda - Wie mache ich mir selbst ein Bild?" halten sollte. Die Veranstaltung fand statt. Die örtliche SPD war über den geplanten Vortrag derart in Rage geraten, dass sie gemeinsam mit den Jusos Witten, der Grünen Jugend Witten und auch der Piratenpartei NRW in einem offenen Brief die Universität aufforderte, Ganser auszuladen "und sich von ihm und seinen Thesen zu distanzieren". [Hexenjagd auf einen unbequemen Historiker](#)



Ein Video von Boris Reitschuster zu den Corona-Auswüchsen dokumentiert eindrucksvoll die gegenwärtige geistige Verfassung im Rechtsstaat Deutschland, an der die Universitäten durch ihren Gehorsam keinen geringen Anteil haben. „Ich will nicht in einem Staat leben, in dem die Polizei kontrolliert, wie lange man einen Apfel isst oder einen Kaffee trinkt. Das tut sie aber. Was sind das für Zustände? Sehen unsere Regierenden Deutschland als Heim für schwer erziehbare Jugendliche? „Regierungskritische Demonstrationen sind verboten“, belehrte die Sächsische Polizei Busreisende - und nahm ihre Personalien auf. In Frankfurt kontrollierten Beamte die Kaffee-Trinkzeiten von Passanten.“ Hier sein Video zu den Corona-Auswüchsen:

Dresden: Polizei setzt das Verbot der „Querdenken“-Demonstration durch

<https://www.youtube.com/watch?v=E4jkqu593JI>

Am Samstag führte die Polizei in Dresden Kontrollen durch, um Menschen, die sich der verbotenen „Querdenken“-Demonstration anschließen wollten, zu kontrollieren und zurückzuweisen. Zuvor bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Versammlung. Die örtlichen Behörden begründeten ihre Entscheidung mit der hohen Teilnehmerzahl und der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die anhaltende Pandemie. Die Polizei rückte mit Einsatzkräften aus mehreren Bundesländern heran, konkrete Zahlen werden aber erst nach dem Einsatz bekanntgegeben.

Ruhrkultour Leseempfehlungen



Werbung



Klaus Schwab

Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution

Wie wir den digitalen Wandel
gemeinsam gestalten

DVA

Vom Gründer und Vorsitzenden
des Weltwirtschaftsforums

WORLD
ECONOMIC
FORUM